

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil28

§ 1 Ziel des Gesetzes28

§ 2 Anwendungsbereich28

§ 3 Begriffsbestimmungen28

§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe29

§ 5 Positive Maßnahmen29

Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung29

Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung29

§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich29

§ 7 Benachteiligungsverbot30

§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen30

§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung30

§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters30

Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers31

§ 11 Ausschreibung31

§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers31

Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten32

§ 13 Beschwerderecht32

§ 14 Leistungsverweigerungsrecht32

§ 15 Entschädigung und Schadensersatz32

§ 16 Maßregelungsverbot32

Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften33

§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten33

§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen33

Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr33

§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot33

§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung34

§ 21 Ansprüche34

Abschnitt 4 – Rechtsschutz35

§ 22 Beweislast35

§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände35

Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse35

§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse35

Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder
Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung35

§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes35

§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen36

§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung36

§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung36

§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten
für Antidiskriminierung; Amtseid36

§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten
für Antidiskriminierung37

§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung37

§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung38

Inhalt

§ 26g Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf
 Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen38

§ 26h Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen
 Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung38

§ 26i Berufsbeschränkung39

§ 27 Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes39

§ 28 Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht
 zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes40

§ 29 Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen
 und anderen Einrichtungen40

§ 30 Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes40

Abschnitt 7 – Schlussvorschriften41

§ 31 Unabdingbarkeit41

§ 32 Schlussbestimmung41

§ 33 Übergangsbestimmungen41

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b Klage wegen Benachteiligung44

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften46

§ 1 Zweck des Gesetzes46

§ 2 Begriffsbestimmungen46

Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten46

§ 3 Arbeitszeit der Arbeitnehmer46

§ 4 Ruhepausen46

§ 5 Ruhezeit46

§ 6 Nacht- und Schichtarbeit47

§ 7 Abweichende Regelungen47

§ 8 Gefährliche Arbeiten49

Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe49

§ 9 Sonn- und Feiertagsruhe49

§ 10 Sonn- und Feiertagsbeschäftigung49

§ 11 Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung51

§ 12 Abweichende Regelungen51

§ 13 Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung51

Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen52

§ 14 Außergewöhnliche Fälle52

§ 15 Bewilligung, Ermächtigung53

Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes54

§ 16 Aushang und Arbeitszeitznachweise54

§ 17 Aufsichtsbehörde54

Sechster Abschnitt – Sonderregelungen55

§ 18 Nichtanwendung des Gesetzes55

§ 19 Beschäftigung im öffentlichen Dienst55

§ 20 Beschäftigung in der Luftfahrt55

§ 21 Beschäftigung in der Binnenschifffahrt55

§ 21a Beschäftigung im Straßentransport56

Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften57

§ 22 Bußgeldvorschriften57

§ 23 Strafvorschriften57

Achter Abschnitt – Schlussvorschriften57

§ 24 Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG57

§ 25 Übergangsvorschriften für Tarifverträge57

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a Arbeitsvertrag60

§ 612 Vergütung.....60

§ 612a Maßregelungsverbot60

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften62

§ 1 Geltungsbereich62

§ 1a Formvorgaben.....62

§ 2 Kind, Jugendlicher62

§ 3 Arbeitgeber62

§ 4 Arbeitszeit62

Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern62

§ 5 Verbot der Beschäftigung von Kindern62

§ 6 Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen63

§ 7 Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern64

Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher64

Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit64

§ 8 Dauer der Arbeitszeit64

§ 9 Berufsschule64

§ 10 Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen65

§ 11 Ruhepausen, Aufenthaltsräume65

§ 12 Schichtzeit.....65

§ 13 Tägliche Freizeit.....66

§ 14 Nachtruhe66

§ 15 Fünf-Tage-Woche.....66

§ 16 Samstagsruhe.....66

§ 17 Sonntagsruhe67

§ 18 Feiertagsruhe.....67

§ 19 Urlaub.....68

§ 20 Binnenschiffahrt.....68

§ 21 Ausnahmen in besonderen Fällen69

§ 21a Abweichende Regelungen69

§ 21b Ermächtigung.....69

Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen70

§ 22 Gefährliche Arbeiten70

§ 23 Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten70

§ 24 Arbeiten unter Tage.....71

§ 25 Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen.....71

§ 26 Ermächtigungen71

§ 27 Behördliche Anordnungen und Ausnahmen.....72

Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers72

§ 28 Menschengerechte Gestaltung der Arbeit.....72

§ 28a Beurteilung der Arbeitsbedingungen73

§ 29 Unterweisung über Gefahren.....73

Inhalt

§ 30	Häusliche Gemeinschaft.....	73
§ 31	Züchtungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	73
Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....		73
§ 32	Erstuntersuchung	73
§ 33	Erste Nachuntersuchung	74
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen.....	74
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung.....	74
§ 36	Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers.....	74
§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen.....	74
§ 38	Ergänzungsuntersuchung	75
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	75
§ 40	Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	75
§ 41	Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	75
§ 42	Eingreifen der Aufsichtsbehörde	75
§ 43	Freistellung für Untersuchungen.....	75
§ 44	Kosten der Untersuchungen.....	76
§ 45	Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	76
§ 46	Ermächtigungen	76
Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		76
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse		76
§ 47	Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	76
§ 48	Information über Arbeitszeit und Pausen	76
§ 49	Verzeichnisse der Jugendlichen	76
§ 50	Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse.....	77
Zweiter Titel – Aufsicht.....		77
§ 51	Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	77
§ 52	(weggefallen)	77
§ 53	Mitteilung über Verstöße	77
§ 54	Ausnahmebewilligungen.....	77
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz.....		78
§ 55	Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz.....	78
§ 56	Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde.....	78
§ 57	Aufgaben der Ausschüsse	79
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		79
§ 58	Bußgeld- und Strafvorschriften	79
§ 59	Bußgeldvorschriften	81
§ 60	Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	82
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften		82
§ 61	Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen.....	82
§ 62	Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung.....	82
§§ 63–70 (weggefallen)		82
§ 71	(aufgehoben)	82
§ 72	Inkrafttreten.....	82

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen.....		86
§ 1	Verkaufsstellen	86
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	86
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten		86
§ 3	Allgemeine Ladenschlusszeiten	86
§ 4	Apotheken.....	86

§ 5 Zeitungen und Zeitschriften.....86

§ 6 Tankstellen87

§ 7 (weggefallen)87

§ 8 Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen87

§ 9 Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen.....87

§ 10 Kur- und Erholungsorte88

§ 11 Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen.....88

§ 12 Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen88

§ 13 (weggefallen)88

§ 14 Weitere Verkaufssonntage88

§ 15 Sonntagsverkauf am 24. Dezember89

§ 16 (weggefallen)89

Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer89

§ 17 Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen89

Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbezweige und für den Marktverkehr90

§§ 18 und 18a (weggefallen)90

§ 19 Marktverkehr90

§ 20 Sonstiges gewerbliches Feilhalten90

Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes91

§ 21 Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse91

§ 22 Aufsicht und Auskunft91

§ 23 Ausnahmen im öffentlichen Interesse91

Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten92

§ 24 Ordnungswidrigkeiten92

§ 25 Straftaten92

§ 26 (weggefallen)92

Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen93

§ 27 Vorbehalt für die Landesgesetzgebung93

§ 28 Bestimmung der zuständigen Behörden93

§§ 29 und 30 (weggefallen)93

§ 31 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)93

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften.....96

§ 1 Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes.....96

§ 2 Begriffsbestimmungen.....96

Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz97

Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz97

§ 3 Schutzfristen vor und nach der Entbindung.....97

§ 4 Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit98

§ 5 Verbot der Nacharbeit.....99

§ 6 Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit.....99

§ 7 Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen.....99

§ 8 Beschränkung von Heimarbeit.....100

Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz.....100

§ 9 Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung100

§ 10 Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen101

§ 11 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen.....101

§ 12 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen.....103

§ 13 Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot104

Inhalt

§ 14 Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber105

§ 15 Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen105

Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz106

§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot106

Abschnitt 3 – Kündigungsschutz106

§ 17 Kündigungsverbot106

Abschnitt 4 – Leistungen.....106

§ 18 Mutterschutzlohn106

§ 19 Mutterschaftsgeld107

§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld107

§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts.....107

§ 22 Leistungen während der Elternzeit108

§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen108

§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten.....108

§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots.....108

Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes.....108

§ 26 Aushang des Gesetzes108

§ 27 Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen109

§ 28 Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr110

§ 29 Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht.....110

§ 30 Ausschuss für Mutterschutz.....111

§ 31 Erlass von Rechtsverordnungen112

Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften112

§ 32 Bußgeldvorschriften.....112

§ 33 Strafvorschriften.....113

Abschnitt 7 – Schlussvorschriften113

§ 34 Evaluationsbericht113

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften116

§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich116

§ 2 Begriffsbestimmungen116

Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers116

§ 3 Grundpflichten des Arbeitgebers116

§ 4 Allgemeine Grundsätze.....117

§ 5 Beurteilung der Arbeitsbedingungen117

§ 6 Dokumentation.....117

§ 7 Übertragung von Aufgaben.....118

§ 8 Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber.....118

§ 9 Besondere Gefahren.....118

§ 10 Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen118

§ 11 Arbeitsmedizinische Vorsorge119

§ 12 Unterweisung.....119

§ 13 Verantwortliche Personen119

§ 14 Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes120

Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten120

§ 15 Pflichten der Beschäftigten120

§ 16 Besondere Unterstützungspflichten120

§ 17 Rechte der Beschäftigten120

Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen121

§ 18 Verordnungsermächtigungen121

§ 19 Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen121

§ 20 Regelungen für den öffentlichen Dienst.....122

Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie122

§ 20a Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie122

§ 20b Nationale Arbeitsschutzkonferenz.....123

Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften123

§ 21 Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....123

§ 22 Befugnisse der zuständigen Behörden125

§ 23 Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....126

§ 24 Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften128

§ 24a Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....128

§ 25 Bußgeldvorschriften.....129

§ 26 Strafvorschriften.....129

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1 Ziel, Anwendungsbereich132

§ 2 Begriffsbestimmungen132

§ 3 Gefährdungsbeurteilung.....134

§ 3a Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten134

§ 4 Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten.....135

§ 5 Nichtraucherschutz.....135

§ 6 Unterweisung der Beschäftigten.....136

§ 7 Ausschuss für Arbeitsstätten136

§ 8 Übergangsvorschriften.....137

§ 9 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten137

Anhang138

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen154

§ 1 Anwendungsbereich und Zielsetzung.....154

§ 2 Begriffsbestimmungen154

Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen155

§ 3 Gefährdungsbeurteilung.....155

§ 4 Grundpflichten des Arbeitgebers157

§ 5 Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel158

§ 6 Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....159

§ 7 Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....159

§ 8 Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen160

§ 9 Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln161

§ 10 Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln162

§ 11 Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....163

§ 12 Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten164

§ 13 Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber165

§ 14 Prüfung von Arbeitsmitteln165

Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....166

§ 15 Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen.....166

§ 16 Wiederkehrende Prüfung.....167

§ 17 Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....167

§ 18 Erlaubnispflicht168

Inhalt

Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit170

§ 19 Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen170

§ 20 Sonderbestimmungen für Überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes171

§ 21 Ausschuss für Betriebssicherheit171

Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften172

§ 22 Ordnungswidrigkeiten172

§ 23 Straftaten.....174

§ 24 Übergangsvorschriften.....174

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen178

Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen178

§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes178

§ 2 Begriffsbestimmungen179

Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....179

§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen179

§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume179

Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen.....180

§ 5 Benennung180

§ 6 Stellung.....180

§ 7 Aufgaben.....181

Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.....182

§ 8 Errichtung182

§ 9 Zuständigkeit.....182

§ 10 Unabhängigkeit182

§ 11 Ernennung und Amtszeit182

§ 12 Amtsverhältnis.....183

§ 13 Rechte und Pflichten.....184

§ 14 Aufgaben.....185

§ 15 Tätigkeitsbericht.....186

§ 16 Befugnisse186

Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union187

§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle187

§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder188

§ 19 Zuständigkeiten.....188

Kapitel 6 – Rechtsbehelfe189

§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz.....189

§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission189

Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679190

Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....190

Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken.....190

§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....190

§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen191

§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen.....192

§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen192

Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen.....193

§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses193

§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken194

§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken195

§ 29 Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten195

§ 30 Verbrauchercredite196

§ 31 Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften196

Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person197

§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person.....197

§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden198

§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person199

§ 35 Recht auf Löschung199

§ 36 Widerspruchsrecht.....200

§ 37 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling.....200

Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....200

§ 38 Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen.....200

§ 39 Akkreditierung201

Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen201

§ 40 Aufsichtsbehörden der Länder.....201

Kapitel 5 – Sanktionen202

§ 41 Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren202

§ 42 Strafvorschriften.....202

§ 43 Bußgeldvorschriften.....203

Kapitel 6 – Rechtsbehelfe203

§ 44 Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter.....203

Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680.....203

Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten203

§ 45 Anwendungsbereich203

§ 46 Begriffsbestimmungen204

§ 47 Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten.....206

Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....206

§ 48 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....206

§ 49 Verarbeitung zu anderen Zwecken206

§ 50 Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken.....207

§ 51 Einwilligung.....207

§ 52 Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen.....207

§ 53 Datengeheimnis207

§ 54 Automatisierte Einzelentscheidung207

Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person208

§ 55 Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen.....208

§ 56 Benachrichtigung betroffener Personen208

§ 57 Auskunftsrecht208

§ 58 Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung.....210

§ 59 Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person211

§ 60 Anrufung der oder des Bundesbeauftragten211

Inhalt

§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	211
Kapitel 4 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....		212
§ 62	Auftragsverarbeitung	212
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	213
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	213
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	214
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	215
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	216
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	216
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	216
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	217
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen.....	218
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen.....	218
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	219
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	219
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	219
§ 76	Protokollierung	219
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	220
Kapitel 5 – Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen		220
§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	220
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	221
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	221
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	222
Kapitel 6 – Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden		222
§ 82	Gegenseitige Amtshilfe	222
Kapitel 7 – Haftung und Sanktionen		223
§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	223
§ 84	Strafvorschriften.....	223
Teil 4 – Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten		223
§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	223
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen.....	224

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1 – Elterngeld		226
§ 1	Berechtigte	226
§ 2	Höhe des Elterngeldes.....	228
§ 2a	Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag.....	228
§ 2b	Bemessungszeitraum	229
§ 2c	Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	230
§ 2d	Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	231
§ 2e	Abzüge für Steuern	231
§ 2f	Abzüge für Sozialabgaben	232
§ 3	Anrechnung von anderen Einnahmen	233
§ 4	Bezugsdauer, Anspruchsumfang	234
§ 4a	Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	235
§ 4b	Partnerschaftsbonus	236
§ 4c	Alleiniger Bezug durch einen Elternteil.....	236
§ 4d	Weitere Berechtigte	236

Abschnitt 2 – Verfahren und Organisation237

§ 5 Zusammentreffen von Ansprüchen237

§ 6 Auszahlung237

§ 7 Antragstellung237

§ 8 Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen237

§ 9 Einkommens- und Arbeitszeitznachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers238

§ 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen238

§ 11 Unterhaltspflichten239

§ 12 Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel239

§ 13 Rechtsweg240

§ 14 Bußgeldvorschriften240

Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer240

§ 15 Anspruch auf Elternzeit240

§ 16 Inanspruchnahme der Elternzeit242

§ 17 Urlaub243

§ 18 Kündigungsschutz243

§ 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit244

§ 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte244

§ 21 Befristete Arbeitsverträge244

Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften245

§ 22 Bundesstatistik245

§ 23 Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt245

§ 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt246

§ 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt246

§ 25 Automatisierter Datenabruf bei den Standesämtern246

§ 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches246

§ 27 Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie247

§ 28 Übergangsvorschrift247

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1 Urlaubsanspruch250

§ 2 Geltungsbereich250

§ 3 Dauer des Urlaubs250

§ 4 Wartezeit250

§ 5 Teilurlaub250

§ 6 Ausschluß von Doppelansprüchen250

§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs250

§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs251

§ 9 Erkrankung während des Urlaubs251

§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation251

§ 11 Urlaubsentgelt251

§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit251

§ 13 Unabdingbarkeit252

§ 14 Berlin-Klausel252

§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen253

§ 15a Übergangsvorschrift253

§ 16 Inkrafttreten253

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1 Anwendungsbereich256

§ 2 Entgeltzahlung an Feiertagen256

§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall256

Inhalt

§ 3a Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen256

§ 4 Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts257

§ 4a Kürzung von Sondervergütungen257

§ 5 Anzeige- und Nachweispflichten258

§ 6 Forderungsübergang bei Dritthaftung258

§ 7 Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers259

§ 8 Beendigung des Arbeitsverhältnisses259

§ 9 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation.....259

§ 10 Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit.....259

§ 11 Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten260

§ 12 Unabdingbarkeit.....261

§ 13 Übergangsvorschrift261

Familienpflegezeitgesetz – FPfZG

§ 1 Ziel des Gesetzes264

§ 2 Familienpflegezeit264

§ 2a Inanspruchnahme der Familienpflegezeit.....264

§ 2b Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....265

§ 3 Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung265

§ 4 Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers266

§ 5 Ende der Förderfähigkeit267

§ 6 Rückzahlung des Darlehens.....267

§ 7 Härtefallregelung.....267

§ 8 Antrag auf Förderung.....268

§ 9 Darlehensbescheid und Zahlweise268

§ 10 Antrag und Nachweis in weiteren Fällen269

§ 11 Allgemeine Verwaltungsvorschriften269

§ 12 Bußgeldvorschriften.....269

§ 13 Aufbringung der Mittel270

§ 14 Beirat.....270

§ 15 Übergangsvorschrift270

§ 16 (aufgehoben)270

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen272

§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich272

§ 2 Begriffsbestimmungen272

Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation276

§ 3 Gefahrenklassen276

§ 4 Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung277

§ 5 Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....278

§ 5a Besondere Mitwirkungs- und Informationspflichten für Veranlasser von Tätigkeiten an baulichen oder technischen Anlagen278

Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten278

§ 6 Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....278

§ 7 Grundpflichten.....282

Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen284

§ 8 Allgemeine Schutzmaßnahmen284

§ 9 Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....285

§ 10 Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen oder reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B286

§ 10a Besondere Aufzeichnungs-, Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen oder reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B288

§ 11 Verwendungs- und Tätigkeitsbeschränkungen für Asbest.....289

§ 11a Anforderungen an Tätigkeiten mit Asbest.....290

§ 12 Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen291

§ 13 Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle292

§ 14 Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten293

§ 15 Zusammenarbeit verschiedener Firmen294

Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln294

§ 15a Verwendungsbeschränkungen.....294

§ 15b Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten295

§ 15c Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte295

§ 15d Besondere Anforderungen bei Begasungen296

§ 15e Ergänzende Dokumentationspflichten297

§ 15f Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten.....297

§ 15g Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen.....298

§ 15h Ausnahmen von Abschnitt 4a298

Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen299

§ 16 Herstellungs- und Verwendungs- beschränkungen299

§ 17 Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006299

Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe299

§ 18 Unterrichtung der Behörde.....299

§ 19 Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....300

§ 19a Anerkennung ausländischer Qualifikationen301

§ 20 Ausschuss für Gefahrstoffe301

Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften303

§ 21 Chemikaliengesetz – Anzeigen303

§ 22 Chemikaliengesetz – Tätigkeiten.....303

§ 23 (weggefallen)305

§ 24 Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen.....305

§ 25 Übergangsvorschrift.....305

Geschäftsgeheimnisschutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines.....308

§ 1 Anwendungsbereich308

§ 2 Begriffsbestimmungen308

§ 3 Erlaubte Handlungen308

§ 4 Handlungsverbote.....309

§ 5 Ausnahmen309

Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen309

§ 6 Beseitigung und Unterlassung309

§ 7 Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt310

§ 8 Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht.....310

§ 9 Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit310

§ 10 Haftung des Rechtsverletzers310

§ 11 Abfindung in Geld.....311

§ 12 Haftung des Inhabers eines Unternehmens311

§ 13 Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung311

§ 14 Missbrauchsverbot311

Inhalt

Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen311

§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....311

§ 16 Geheimhaltung.....312

§ 17 Ordnungsmittel.....312

§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens312

§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen.....312

§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....313

§ 21 Bekanntmachung des Urteils.....313

§ 22 Streitwertbegünstigung.....314

Abschnitt 4 – Strafvorschriften314

§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen314

Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften318

§ 1 Zielsetzung und persönlicher Anwendungsbereich318

§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich318

§ 3 Begriffsbestimmungen320

§ 4 Verhältnis zu sonstigen Bestimmungen321

§ 5 Vorrang von Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten.....322

§ 6 Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten323

Abschnitt 2 – Meldungen324

Unterabschnitt 1 – Grundsätze.....324

§ 7 Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung324

§ 8 Vertraulichkeitsgebot324

§ 9 Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot.....325

§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten326

§ 11 Dokumentation der Meldungen326

Unterabschnitt 2 – Interne Meldungen327

§ 12 Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen327

§ 13 Aufgaben der internen Meldestellen327

§ 14 Organisationsformen interner Meldestellen328

§ 15 Unabhängige Tätigkeit; notwendige Fachkunde.....328

§ 16 Meldekanäle für interne Meldestellen328

§ 17 Verfahren bei internen Meldungen.....329

§ 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestelle.....329

Unterabschnitt 3 – Externe Meldestellen.....329

§ 19 Errichtung und Zuständigkeit einer externen Meldestelle des Bundes329

§ 20 Errichtung und Zuständigkeit externer Meldestellen der Länder.....330

§ 21 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als externe Meldestelle330

§ 22 Bundeskartellamt als externe Meldestelle330

§ 23 Weitere externe Meldestellen330

§ 24 Aufgaben der externen Meldestellen330

§ 25 Unabhängige Tätigkeit; Schulung331

§ 26 Berichtspflichten der externen Meldestellen331

Unterabschnitt 4 – Externe Meldungen.....331

§ 27 Meldekanäle für externe Meldestellen.....331

§ 28 Verfahren bei externen Meldungen332

§ 29 Folgemaßnahmen der externen Meldestellen.....332

§ 30 Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen.....333

§ 31 Abschluss des Verfahrens333

Abschnitt 3 – Offenlegung.....334

§ 32 Offenlegen von Informationen334

Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	334
§ 33 Voraussetzungen für den Schutz hinweisgebender Personen	334
§ 34 Weitere geschützte Personen	334
§ 35 Ausschluss der Verantwortlichkeit.....	335
§ 36 Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr.....	335
§ 37 Schadensersatz nach Repressalien	335
§ 38 Schadensersatz nach einer Falschmeldung	335
§ 39 Verbot abweichender Vereinbarungen	336
Abschnitt 5 – Sanktionen	336
§ 40 Bußgeldvorschriften.....	336
Abschnitt 6 – Schlussvorschriften	336
§ 41 Verordnungsermächtigung.....	336
§ 42 Übergangsregelung.....	336
 Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV	
§ 1 Beschäftigungsverbot	338
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	338
§ 3 Behördliche Befugnisse	338
§ 4 Inkrafttreten	338
 Kündigungsschutzgesetz – KSchG	
Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz.....	340
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	341
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung.....	341
§ 2 Änderungskündigung.....	341
§ 3 Kündigungseinspruch	341
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	341
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	342
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	342
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung.....	342
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	342
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	342
§ 10 Höhe der Abfindung	343
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	343
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	343
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	343
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	344
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	344
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung.....	344
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	345
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen.....	346
§ 17 Anzeigepflicht	346
§ 18 Entlassungssperre	347
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	347
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	347
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	348
§ 22 Ausnahmebetriebe.....	348
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen.....	348
§ 23 Geltungsbereich	348
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs.....	348
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen.....	349

Inhalt

§ 25a Berlin-Klausel349

§ 26 Inkrafttreten349

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns352

Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns.....352

§ 1 Mindestlohn.....352

§ 2 Fälligkeit des Mindestlohns.....352

§ 3 Unabdingbarkeit des Mindestlohns352

Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission352

§ 4 Aufgabe und Zusammensetzung352

§ 5 Stimmberechtigte Mitglieder353

§ 6 Vorsitz353

§ 7 Beratende Mitglieder353

§ 8 Rechtsstellung der Mitglieder353

§ 9 Beschluss der Mindestlohnkommission.....354

§ 10 Verfahren der Mindestlohnkommission354

§ 11 Rechtsverordnung.....355

§ 12 Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft355

Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung.....355

§ 13 Haftung des Auftraggebers355

Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....355

§ 14 Zuständigkeit.....355

§ 15 Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten
des Arbeitgebers355

§ 16 Meldepflicht.....355

§ 17 Erstellen und Bereithalten von Dokumenten.....357

§ 18 Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....359

§ 19 Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....360

§ 20 Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....360

§ 21 Bußgeldvorschriften.....360

Abschnitt 4 – Schlussvorschriften361

§ 22 Persönlicher Anwendungsbereich.....361

§ 23 Evaluation362

§ 24 Übergangsregelung.....362

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1 Anwendungsbereich364

§ 2 Nachweispflicht364

§ 3 Änderung der Angaben366

§ 4 Bußgeldvorschriften.....367

§ 5 Übergangsvorschrift.....367

§ 6 Unabdingbarkeit.....367

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1 Ziel des Gesetzes370

§ 2 Kurzzeitige Arbeitsverhinderung370

§ 3 Pflegezeit und sonstige Freistellungen.....370

§ 4 Dauer der Inanspruchnahme371

§ 4a Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonder-
regelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....372

§ 5	Kündigungsschutz.....	372
§ 6	Befristete Verträge	372
§ 7	Begriffsbestimmungen	373
§ 8	Unabdingbarkeit.....	373
§ 9	(aufgehoben)	373

Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall.....		376
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung.....		376
§ 1	Prävention, Rehabilitation, Entschädigung	376
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis.....		376
§ 2	Versicherung kraft Gesetzes	376
§ 3	Versicherung kraft Satzung	379
§ 4	Versicherungsfreiheit.....	380
§ 6	Freiwillige Versicherung.....	381
Dritter Abschnitt – Versicherungsfall		381
§ 7	Begriff.....	381
§ 8	Arbeitsunfall	381
§ 9	Berufskrankheit.....	382
§ 11	Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	385
§ 12	Versicherungsfall einer Leibesfrucht	385
§ 12a	Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organteilen oder Gewebe	385
§ 13	Sachschäden bei Hilfeleistungen	385
Zweites Kapitel – Prävention.....		386
§ 14	Grundsatz	386
§ 15	Unfallverhütungsvorschriften	386
§ 16	Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	388
§ 17	Überwachung und Beratung.....	388
§ 18	Aufsichtspersonen	388
§ 19	Befugnisse der Aufsichtspersonen	388
§ 20	Zusammenarbeit mit Dritten	389
§ 21	Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	391
§ 22	Sicherheitsbeauftragte	391
§ 23	Aus- und Fortbildung.....	391
§ 24	Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst	392
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls		392
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen		392
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten		392
§ 26	Grundsatz	392
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung.....		393
§ 27	Umfang der Heilbehandlung, Anschluss an die Telematikinfrastuktur	393
§ 27a	Nutzung der Telematikinfrastuktur.....	394
§ 28	Ärztliche und zahnärztliche Behandlung.....	394
§ 29	Arznei- und Verbandmittel	394
§ 30	Heilmittel.....	394
§ 31	Hilfsmittel.....	394
§ 32	Häusliche Krankenpflege	395
§ 33	Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	395
§ 34	Durchführung der Heilbehandlung	395

Inhalt

Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben396

§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben396

Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen397

§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen397

§ 40 Kraftfahrzeughilfe397

§ 41 Wohnungshilfe.....397

§ 42 Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten397

§ 43 Reisekosten397

Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.....398

§ 44 Pflege398

Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben399

§ 45 Voraussetzungen für das Verletztengeld.....399

§ 46 Beginn und Ende des Verletztengeldes.....399

§ 47 Höhe des Verletztengeldes.....400

§ 47a Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen401

§ 48 Verletztengeld bei Wiedererkrankung401

§ 49 Übergangsgeld401

§ 50 Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes.....402

§ 52 Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld402

Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen402

Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte402

§ 56 Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs402

§ 57 Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten.....403

§ 58 Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit403

§ 59 Höchstbetrag bei mehreren Renten403

§ 60 Minderung bei Heimpflege403

§ 62 Rente als vorläufige Entschädigung403

Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten.....403

§ 72 Beginn von Renten.....403

§ 73 Änderungen und Ende von Renten.....404

§ 74 Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten404

Vierter Unterabschnitt – Abfindung404

§ 75 Abfindung mit einer Gesamtvergütung.....404

§ 76 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert405

§ 77 Wiederaufleben der abgefundenen Rente405

§ 78 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert.....405

§ 79 Umfang der Abfindung.....405

§ 80 Abfindung bei Wiederheirat.....405

Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst.....406

Erster Unterabschnitt – Allgemeines406

§ 81 Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage406

Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung406

§ 82 Regelberechnung406

§ 83 Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung.....407

§ 84 Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten407

§ 85 Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst407

§ 87 Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen408

§ 88 Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene.....408

§ 89 Berücksichtigung von Anpassungen.....408

	Inhalt
Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung	408
§ 90 Neufestsetzung nach Altersstufen.....	408
§ 91 Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	408
Vierter Abschnitt – Mehrleistungen	409
§ 94 Mehrleistungen	409
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen.....	409
§ 95 Anpassung von Geldleistungen.....	409
§ 96 Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze.....	410
§ 97 Leistungen ins Ausland.....	411
§ 98 Anrechnung anderer Leistungen.....	411
§ 101 Ausschluß oder Minderung von Leistungen.....	411
§ 102 Schriftform.....	412
§ 103 Zwischennachricht, Unfalluntersuchung	412
Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	412
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen.....	412
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	412
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen	412
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	413
§ 108 Bindung der Gerichte.....	413
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	413
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern.....	413
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	413
§ 111 Haftung des Unternehmens	414
§ 112 Bindung der Gerichte.....	414
§ 113 Verjährung	414
Fünftes Kapitel – Organisation	414
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	414
§ 114 Unfallversicherungsträger	414
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit	415
§ 130 Örtliche Zuständigkeit.....	415
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	415
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger.....	416
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	416
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	416
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	416
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	417
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	418
§ 138 Unterrichtung der Versicherten	418
§ 139 Vorläufige Zuständigkeit.....	419
§ 139a Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	419
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen	419
§ 140 Haftpflcht- und Auslandsversicherung	419
§ 141 Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	420
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel.....	420
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....	420
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht	420
§ 150 Beitragspflichtige	420
§ 151 Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten ...	421

Inhalt

Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten421

§ 191 Unterstützungspflicht der Unternehmer421

§ 192 Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren421

§ 193 Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer.....422

§ 195 Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer
Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden.....423

Achtes Kapitel – Datenschutz423

Erster Abschnitt – Grundsätze423

§ 199 Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger.....423

§ 200 Einschränkung der Übermittlungsbefugnis424

Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte.....424

§ 201 Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten.....424

§ 202 Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten424

§ 203 Auskunftspflicht von Ärzten.....424

Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften.....425

§ 206 Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten425

§ 207 Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten
Gesundheitsgefahren426

Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften426

§ 209 Bußgeldvorschriften.....426

§ 210 Zuständige Verwaltungsbehörde427

§ 211 Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten427

Zehntes Kapitel – Übergangsrecht427

§ 219a Altersrückstellungen428

**Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen
mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX**

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....432

Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften432

§ 2 Begriffsbestimmungen432

Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben432

§ 49 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung432

§ 50 Leistungen an Arbeitgeber434

§ 51 Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation435

§ 52 Rechtsstellung der Teilnehmenden435

§ 53 Dauer von Leistungen.....436

§ 54 Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....436

§ 55 Unterstützte Beschäftigung.....436

§ 56 Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen.....437

§ 57 Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich.....437

§ 58 Leistungen im Arbeitsbereich.....438

§ 60 Andere Leistungsanbieter439

§ 61 Budget für Arbeit439

§ 61a Budget für Ausbildung440

§ 62 Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....440

§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen.....441

Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen441

§ 64 Ergänzende Leistungen441

§ 65 Leistungen zum Lebensunterhalt442

§ 66 Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....443

§ 67	Berechnung des Regelentgelts	444
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	444
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage	445
§ 70	Anpassung der Entgeltersatzleistungen	445
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	445
§ 72	Einkommensanrechnung	446
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)		447
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		447
§ 97	Fachkräfte	447
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben		447
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung	447
Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)		448
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis		448
§ 151	Geltungsbereich	448
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber		448
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	448
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	449
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes	449
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	450
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen	450
§ 159	Mehrfachanrechnung	450
§ 160	Ausgleichsabgabe	451
§ 161	Ausgleichsfonds	452
§ 162	Verordnungsermächtigungen	453
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen		453
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	453
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	454
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber	455
§ 166	Inklusionsvereinbarung	456
§ 167	Prävention	456
Kapitel 4 – Kündigungsschutz		457
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	457
§ 169	Kündigungsfrist	457
§ 170	Antragsverfahren	457
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes	457
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	457
§ 173	Ausnahmen	458
§ 174	Außerordentliche Kündigung	459
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	459
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		459
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	459
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	459
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	461
§ 182	Zusammenarbeit	461
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen		461
§ 185a	Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	461
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste		462
§ 192	Begriff und Personenkreis	462

Inhalt

§ 193 Aufgaben.....462

Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter
und gleichgestellter behinderter Menschen463

§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter
Menschen463

§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen.....463

Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften464

§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen464

§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge.....464

§ 207 Mehrarbeit464

§ 208 Zusatzurlaub.....464

§ 209 Nachteilsausgleich.....464

§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit.....465

Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe.....465

§ 215 Begriff und Personenkreis.....465

§ 216 Aufgaben.....466

Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen.....466

§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe.....466

Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften467

§ 237a Strafvorschriften.....467

§ 237b Strafvorschriften.....467

§ 238 Bußgeldvorschriften.....467

§ 241 Übergangsregelung.....468

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil470

Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung470

§ 131 Gewaltdarstellung470

Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung470

§ 164 Falsche Verdächtigung470

Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung470

§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen470

§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung.....471

§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger472

§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen.....473

§ 184i Sexuelle Belästigung.....473

§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen473

Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung.....474

§ 185 Beleidigung.....474

§ 186 Üble Nachrede.....474

§ 187 Verleumdung474

Fünfzehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs474

§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes474

§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch
Bildaufnahmen.....475

Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit476

§ 223 Körperverletzung.....476

§ 224 Gefährliche Körperverletzung476

§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen.....476

Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....476

§ 238 Nachstellung.....476

§ 240 Nötigung.....477

§ 241 Bedrohung.....478

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz480

§ 1 Zielsetzung480

§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....480

§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....480

§ 4 Verbot der Diskriminierung.....480

§ 5 Benachteiligungsverbot481

Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....481

§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....481

§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze481

§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....481

§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit482

§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit482

§ 10 Aus- und Weiterbildung.....483

§ 11 Kündigungsverbot483

§ 12 Arbeit auf Abruf484

§ 13 Arbeitsplatzteilung484

Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge485

§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....485

§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages486

§ 16 Folgen unwirksamer Befristung486

§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts486

§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze486

§ 19 Aus- und Weiterbildung.....487

§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung487

§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge487

Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften487

§ 22 Abweichende Vereinbarungen487

§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....487

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1490

§ 2 (aufgehoben)490

§ 3490

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich492

§ 2 Begriffsbestimmungen492

§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers.....492

§ 4 Pflichtvorsorge.....493

§ 5 Angebotsvorsorge493

§ 5a Wunschvorsorge.....493

§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....494

§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin494

§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge495

§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin495

§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten496